



Aufbäumen gegen die Krise globaler Nachhaltigkeitspolitik

Das Hochrangige Politische Forum der Vereinten Nationen (HLPF) 2025

von Jens Martens

Vom 14. bis 23. Juli 2025 fand die diesjährige Tagung des Hochrangigen Politischen Forums (High-Level Political Forum, HLPF) der Vereinten Nationen statt. Das HLPF ist das zentrale UN-Gremium für nachhaltige Entwicklung und soll hauptsächlich die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) überwachen.

An der Tagung nahmen nach UN-Angaben mehr als 6.000 Vertreter*innen von Regierungen und internationalen Organisationen sowie von Parlamenten, Städten, zivilgesellschaftlichen Organisationen, wissenschaftlichen Einrichtungen und Wirtschaftsverbänden teil.

Auf der Tagesordnung des diesjährigen Forums standen insbesondere die SDGs 3 (Gesundheit), 5 (Geschlechtergleichstellung), 8 (Wirtschaftswachstum und menschenwürdige Arbeit), 14 (Meere) und 17 (Globale Partnerschaft). 35 Länder präsentierten freiwillige Staatenberichte über die Umsetzung der Agenda 2030 (*Voluntary National Reviews*), darunter auch Deutschland. Und auch eine Reihe von Städten stellten ihre Nachhaltigkeitsberichte vor (*Voluntary Local Reviews*). Aus Deutschland waren unter anderem Stuttgart, Bonn und Mannheim dabei.

Offizielles Ergebnis des HLPF ist eine 21-seitige Ministererklärung, die sich weitestgehend darauf beschränkt, die Agenda 2030 und ihre Ziele zu bestätigen. Neue Impulse enthält sie nicht. Dass sie am letzten Tag des Forums von einer breiten Mehrheit bei nur zwei Gegenstimmen (USA und Israel) angenommen wurde, kann immerhin als Erfolg multilateraler Zusammenarbeit und als trotziges Aufbäumen gegen die Widersacher globaler Nachhaltigkeitspolitik gewertet werden.

Das Hochrangige Politische Forum für nachhaltige Entwicklung (High-Level Political Forum, HLPF) trat im Juli 2025 unter schwierigen Rahmenbedingungen zusammen. Die Diplomatie in New York war vor allem beschäftigt mit den diversen Krisen und Konflikten, allen voran in der Ukraine und in Gaza. Nachhaltigkeitspolitik befindet sich in vielen Ländern in der Defensive. In der EU ist der proklamierte *Green Deal* unter Beschuss rechter Kräfte. In den USA hat sich die Trump-Administration von

der Agenda 2030 und ihren Zielen grundsätzlich distanziert. Ein Vertreter der US-Regierung erklärte bereits am 4. März 2025 in einem [Statement](#) vor der UN-Generalversammlung:

“Although framed in neutral language, Agenda 2030 and the SDGs advance a program of soft global governance that is inconsistent with U.S. sovereignty and adverse to the rights and interests of Americans. In the last U.S. election, the

mandate from the American people was clear: the government of the United States must refocus on the interests of Americans. We must care first and foremost for our own – that is our moral and civic duty. President Trump also set a clear and overdue course correction on ‘gender’ and climate ideology, which pervade the SDGs. Put simply, globalist endeavors like Agenda 2030 and the SDGs lost at the ballot box. Therefore, the United States rejects and denounces the 2030 Agenda for Sustainable Development and the Sustainable Development Goals, and it will no longer reaffirm them as a matter of course.“

In diesem politischen Klima mutet es fast trotzig an, dass das HLPF an seinem vor zwei Jahren festgelegten Programm festhielt. Das wie immer etwas sperrige offizielle Thema des diesjährigen Forums lautete: „Förderung nachhaltiger, inklusiver, wissenschaftlich fundierter und evidenzbasierter Lösungen für die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und ihre Ziele für nachhaltige Entwicklung, damit niemand zurückgelassen wird.“

Das Programm des achttägigen Treffens bestand aus einer Serie von Panelveranstaltungen, Länderberichten und einem dreitägigen Ministersegment (zur Funktionsweise des HLPF s. Kasten). Hinzu kamen rund 320 **Side Events**, **virtuelle und Off-site Events**, **Sonderveranstaltungen** und sog. **VNR Labs**, die vor allem dem Erfahrungsaustausch und dem Capacity Building für die SDG-Umsetzung auf nationaler Ebene dienten. Auch Deutschland war mit mehreren Veranstaltungen beteiligt (siehe unten).

Im Zentrum der Diskussionen stand die Zwischenbilanz der SDG-Umsetzung, nachdem bereits zwei Drittel der Wegstrecke bis zum Jahr 2030 zurückgelegt sind. Ein besonderer Fokus wurde dabei auf die fünf SDGs gelegt, die entsprechend dem mehrjährigen Arbeitsprogramm des HLPF in diesem Jahr auf der Agenda standen.

Nur 18 Prozent der SDG-Zielvorgaben im Plan

„Trotz wichtiger Errungenschaften behindern Konflikte, Klimachaos, geopolitische Spannungen und wirtschaftliche Schocks weiterhin Fortschritte in dem Tempo und Umfang, die zur Erreichung der 2030-Ziele erforderlich sind. (...) Wir stehen vor einem globalen Entwicklungsnotstand.“ Mit diesen Worten wendet sich der UN-Generalsekretär António Guterres im Vorwort zum **Sustainable**

Development Goals Report 2025 (S. 2) an die Staatengemeinschaft und fordert ambitionierteres Handeln. Er stellt fest, dass die Länder bei nur 18 Prozent der SDG-Zielvorgaben im Plan sind, bei fast der Hälfte gibt es nur minimale oder mäßige Fortschritte, und bei mehr als einem Drittel der Zielvorgaben verzeichnet der UN-Bericht Stagnation oder Rückschritte (s. Abbildung).

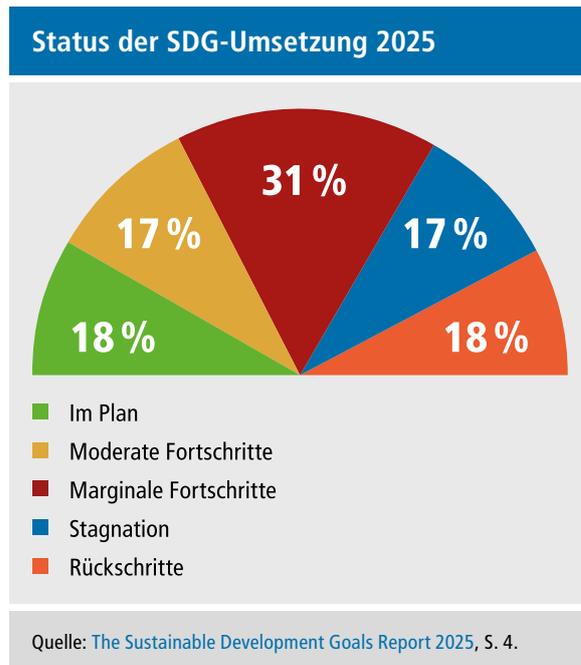
Über 800 Millionen Menschen leben nach Angaben der Vereinten Nationen weiterhin in extremer Armut und Hunger. Der Kohlendioxidgehalt in der Atmosphäre ist so hoch wie seit über zwei Millionen Jahren nicht mehr, und 2024 war das wärmste Jahr, seit es Aufzeichnung darüber gibt. Gleichzeitig haben die Schuldendienstkosten in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen die Rekordsumme von 1,4 Billionen US-Dollar erreicht. Dadurch wurden die öffentlichen Mittel, die für nachhaltige Entwicklung zur Verfügung stehen, erheblich beschränkt.

Was ist das HLPF?

Das HLPF ist ein zwischenstaatliches Forum, an dem alle 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen teilnehmen können. Zusätzlich haben Vertreter*innen gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen (im UN-Jargon die *Major Groups and other Stakeholders*, MGoS) verbrieftete Beteiligungsmöglichkeiten.

Format und Arbeitsweise des HLPF wurden von den Regierungen 2013 beschlossen. Seit 2014 tagt das HLPF jährlich für acht Tage unter der Schirmherrschaft des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC), davon drei Tage auf Ministerebene. Die Treffen finden im Rahmen der regulären Arbeitstagung des ECOSOC jeweils im Juli eines Jahres statt. Zusätzlich tritt das HLPF alle vier Jahre für zwei Tage auf Ebene von Staats- und Regierungschefs unter der Schirmherrschaft der UN-Generalversammlung zusammen. Das erste Gipfeltreffen dieser Art fand im September 2019 statt, der **zweite SDG-Gipfel** im September 2023, der dritte folgt im September 2027.

Das offizielle Ergebnis der Tagungen des HLPF ist eine Ministererklärung, die der UN-Generalversammlung übermittelt wird. Alle vier Jahre gibt es eine politische Erklärung des SDG-Gipfels. Über eigene Entscheidungsbefugnisse verfügt das Forum nicht. Es dient in erster Linie dem Erfahrungsaustausch und der Bestandsaufnahme von Fort- oder Rückschritten bei der Verwirklichung der SDGs. Dies geschieht unter anderem im Rahmen freiwilliger Staatenberichte, der **Voluntary National Reviews (VNRs)**.



Fünf SDGs 2025 im Fokus

Im besonderen Fokus des HLPF standen 2025 folgende fünf SDGs:

- Ziel 3.** Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern
- Ziel 5.** Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen
- Ziel 8.** Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern
- Ziel 14.** Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen
- Ziel 17.** Stärkung der Mittel zur Umsetzung und Neubelebung der Globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung

Der Umsetzungsstand jedes dieser Ziele wurde in der ersten Woche des HLPF einer Bestandsaufnahme unterzogen. Der Tenor der Analysen lautete: Trotz mancher Fortschritte sind die meisten Länder bei der Verwirklichung dieser Ziele erheblich im Rückstand. Bei einigen geht der Trend derzeit

sogar in die falsche Richtung. Zu den fünf Zielen im Einzelnen:¹



SDG 3 ist eines der Ziele, bei denen die Vereinten Nationen zumindest gewisse Fortschritte verzeichnen. Die weltweite Müttersterblichkeitsrate sank von 228 Todesfällen pro 100.000 Lebendgeburten im Jahr 2015 auf 197 im Jahr 2023. Dennoch starben im Jahr 2023 noch immer weltweit etwa 260.000 Frauen während der Schwangerschaft und Geburt. Die aktuelle Rate ist noch fast dreimal so hoch wie die SDG-Zielvorgabe von 70.

Auch die weltweite Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren sank bis 2023. Mit 37 Todesfällen pro 1.000 Lebendgeburten war sie um 16 Prozent niedriger als 2015 (44 Todesfälle). Dennoch starben im Jahr 2023 weltweit immer noch 4,8 Millionen Kinder unter 5 Jahren, gegenüber 6,2 Millionen im Jahr 2015.

Es besteht die Gefahr, dass der insgesamt positive Trend infolge schrumpfender Finanzmittel gestoppt wird. Besonders gravierende Auswirkungen hätten die angekündigten Streichungen der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung der USA. Allein im Bereich der Bekämpfung von HIV/AIDS erhielten im Dezember 2024 über 20 Millionen Menschen – darunter 560.000 Kinder – durch die finanzielle Unterstützung der USA eine antiretrovirale Behandlung. Im Januar 2025 kündigte die Trump-Administration drastische Kürzungen ihrer Auslandshilfe an. Eine dauerhafte Einstellung könnte nach Schätzungen der UN bis 2029 zu sechs Millionen neuen HIV-Infektionen und vier Millionen AIDS-bedingten Todesfällen führen.



Bei SDG 5 zeichnet der SDG-Report der UN ein gemischtes Bild. Auf der einen Seite verzeichnet er „signifikante Fortschritte“ bei der Förderung der Frauenrechte. So seien zwischen 2019 und 2024 99 positive Rechtsreformen durchgeführt worden, um diskriminierende Gesetze abzuschaffen und bessere Rahmenbedingungen für die Gleichstellung der Geschlechter zu schaffen.

Auf der anderen Seite bestehen strukturelle Hindernisse bei der Gleichstellung der Geschlechter fort. So hatten zum 1. Januar 2025 Frauen nur 27,2 Prozent der Sitze in nationalen Parlamenten inne.

¹ Die folgenden Zahlen stammen, wenn nicht anders angegeben, aus dem [Sustainable Development Goals Report 2025](#) der UN.

In der Privatwirtschaft besetzen Frauen weltweit weniger als ein Drittel der Führungspositionen. In fast 80 Prozent der Länder, für die Daten vorliegen, besitzen weniger als die Hälfte der Frauen Eigentumsrechte oder gesicherte Rechte an landwirtschaftlichen Flächen. Und nur 56,3 Prozent der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren, die verheiratet sind oder in einer Partnerschaft leben, haben laut Daten aus 78 Ländern die volle Entscheidungsgewalt über ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit und ihre Rechte.

Der politische Gegenwind gegen Geschlechtergerechtigkeit spiegelte sich auch in den Verhandlungen über die Ministererklärung des HLPF wider. Die USA forderten, alle Verweise auf „Gender“ und „sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte“ aus dem Text zu streichen. Ähnliche Forderungen kamen vom Vatikan und einer Reihe von Ländern des Globalen Südens, darunter dem Iran. Sie blieben in der Abstimmung über diese Passagen der Ministererklärung aber in der Minderheit.



SDG 8 wird von Manchen als problematisch angesehen, weil das Ziel des „dauerhaften, breitenwirksamen und nachhaltigen Wirtschaftswachstums“ in einem Spannungsverhältnis zu den ökologischen Zielen zur Begrenzung des Klimawandels und zum Erhalt der Ökosysteme steht. Dass das globale Wirtschaftswachstum hinter den Erwartungen zurück bleibt und das Wachstum des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufgrund verschärfter Handelskonflikte und politischer Unsicherheiten im Jahr 2025 voraussichtlich nur bei 1,5 Prozent liegen wird, ist vor diesem Grund wenig aussagekräftig.

UN-Generalsekretär António Guterres hat auch deswegen im Mai 2025 eine hochrangige **Expert*innengruppe zum Thema „Beyond GDP“** eingesetzt. Sie soll Empfehlungen für Indikatoren ausarbeiten, die die Entwicklung eines Landes besser abbilden, indem sie das BIP ergänzen und darüber hinausgehen. Die Expert*innengruppe hat am Rande des HLPF im Rahmen eines **Side Events** ihre Arbeit vorgestellt.

Als positiv bewertet der SDG-Report der UN, dass die Arbeitslosenquote 2024 weltweit auf einen Rekordtiefstand von 5,0 Prozent gesunken ist. Allerdings weist er auch darauf hin, dass noch immer fast 58 Prozent der Arbeitnehmer*innen im informellen Sektor beschäftigt sind, in Afrika sind es sogar fast 90 Prozent. Um menschenwürdige Arbeit für alle zu erreichen, müssen die Regierun-

gen daher umfassende Strategien vorantreiben, um informell Beschäftigte in den formellen Arbeitsmarkt zu integrieren, soziale Sicherungssysteme auszubauen, die Durchsetzung von Arbeitsrechten zu fördern und Investitionen in Initiativen für eine grüne und digitale Wirtschaft zu steigern.



Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass SDG 14 kein Nischenthema ist, das nur für die direkten Meeresanrainer relevant ist. Der SDG-Report der UN betont, dass Ozeane und Meere für das gesamte Leben auf der Erde unverzichtbar seien. Sie regulieren das Klima, erhalten die biologische Vielfalt und sichern Lebensgrundlagen und Ernährungssicherheit. Dennoch sind sie zunehmenden Bedrohungen durch Überfischung, Verschmutzung, Verlust der biologischen Vielfalt und Klimawandel ausgesetzt. Trotz wachsender Schutzbemühungen sind nur 8,4 Prozent der Ozeane als Meeresschutzgebiete ausgewiesen, was bisher weit hinter dem Ziel von 30 Prozent bis 2030 zurückbleibt.

Die **dritte Ozeankonferenz der Vereinten Nationen**, die im Juni 2025 in Nizza stattfand, hat vor diesem Hintergrund neue Impulse gesetzt. Die Länder verabschiedeten dort eine politische Erklärung und gingen über 800 **freiwillige Verpflichtungen** ein.

Außerdem gab es Fortschritte beim Abkommen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der marinen biologischen Vielfalt in Gebieten jenseits nationaler Hoheitsgewalt (**UN Hochseeschutzabkommen**), das mit 19 neuen Ratifizierungen nun von insgesamt **50 Staaten ratifiziert** wurde. Damit fehlen noch zehn Staaten, damit das Abkommen in Kraft treten kann. Deutschland ist bisher nicht darunter.

Immerhin hat die Bundesregierung das offizielle Side Event Deutschlands beim HLPF SDG 14 gewidmet. Unter dem Titel **„Unlocking the Power of the Ocean: Turning the Tide“** diskutierten Vertreter*innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Minister*innen die Möglichkeiten für einen besseren Schutz der Weltmeere und die Auswirkungen auf menschenwürdige Arbeit und nachhaltiges Wirtschaftswachstum. In dem Side Event wurden Lösungsansätze wie etwa der von Deutschland mit ins Leben gerufene Blue Action Fund diskutiert, mit denen mehr Ressourcen mobilisiert und Fortschritte beschleunigt werden sollen.

17



Die Finanzierung der SDG-Umsetzung ist Dreh- und Angelpunkt für den Erfolg oder das Scheitern der Agenda 2030. Auch deswegen steht SDG 17 beim HLPF jedes Jahr auf der Tagesordnung. Die eigentlichen inhaltlichen Diskussionen und Entscheidungen dazu erfolgten in diesem Jahr aber bereits im Vorfeld bei der **4. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD4)**. Sie fand vom 30. 6. bis 3. 7. 2025 in Sevilla, Spanien statt.

Offizielles Ergebnis der FfD4-Konferenz ist die „**Verpflichtung von Sevilla**“ (*Compromiso de Sevilla bzw. Sevilla Commitment*). Das 42-seitige Dokument soll den globalen Rahmen für die Entwicklungsfinanzierung der kommenden Jahre abstecken. Anspruch der Regierungen war es, in Sevilla ein ehrgeiziges Paket von Reformen und Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um unter anderem die Lücke bei der Finanzierung der SDGs von geschätzten 4 Billionen US-Dollar jährlich zu schließen und Investitionen in nachhaltige Entwicklung in großem Umfang zu fördern. Die Beschlüsse im Sevilla Commitment werden dem hohen Ambitionsniveau allerdings nicht gerecht. Sie bleiben überwiegend vage und unverbindlich.

Immerhin enthält das Sevilla Commitment einige konkrete Arbeitsaufträge und zeichnet politische Prozesse vor, in denen für die Mitgliedstaaten in den kommenden Jahren Handlungsbedarf besteht. Zusätzlich haben die Vereinten Nationen komplementär zum Sevilla Commitment die **Sevilla Plattform for Action (SPA)** initiiert. Sie bündelt mehr als 130 Initiativen von Koalitionen gleichgesinnter Länder, UN-Institutionen und nichtstaatlichen Akteuren, die die Umsetzung der Sevilla-Beschlüsse unterstützen und über sie hinausgehen sollen (siehe dazu auch das spezielle **Briefing Paper von GPF Europe**).

Beim HLPF beschränkten sich die Regierungen darauf, die Beschlüsse von Sevilla zu bekräftigen und in der Ministererklärung zum Teil im Wortlaut zu wiederholen.

35 Länder präsentieren freiwillige Nachhaltigkeitsberichte

Neben der Zwischenbilanz einzelner SDGs besteht eine wesentliche Aufgabe des HLPF darin zu überprüfen, welche Fortschritte die einzelnen Länder bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele gemacht haben. Zu diesem Zweck sind

die Regierungen angehalten, dem HLPF auf freiwilliger Basis Umsetzungsberichte vorzulegen, die sogenannten *Voluntary National Reviews (VNRs)*. Zwischen 2016 und 2025 haben 190 Länder (inkl. Palästina) insgesamt **406 VNRs** präsentiert, zehn von ihnen bereits viermal, darunter Aserbaidschan, Kolumbien, Mexiko und Sierra Leone.

Die einzigen Länder, die bislang nicht berichtet haben, sind Haiti, Iran, Myanmar und die USA.

Im Jahr 2025 haben **35 Länder** ihre VNRs beim HLPF präsentiert (s. Kasten).

Länder, die dem HLPF 2025 nationale Berichte vorgelegt haben

Äthiopien · Angola · Bangladesch · Belarus
 Bhutan · Bulgarien · Deutschland
 Dominikanische Republik · El Salvador · Eswatini
 Finnland · Gambia · Ghana · Guatemala · Indien
 Indonesien · Irak · Israel · Japan · Kasachstan
 Katar · Kirgisistan · Lesotho · Malaysia · Malta
 Mikronesien · Nigeria · Papua-Neuguinea
 Philippinen · Saint Lucia · Seychellen · Sudan
 Surinam · Thailand · Tschechische Republik

Die VNRs unterscheiden sich weiterhin erheblich in Umfang und Detailliertheit, Qualität und thematischer Breite, sowie dem Grad der gesellschaftlichen Beteiligung bei ihrer Erstellung und Präsentation in New York. Die Global Taskforce of Local and Regional Governments hat in ihrem **Bericht 2025** festgestellt, dass 46 Prozent der Länder, die dem HLPF berichterstatteten, lokale und regionale Akteure aktiv einbezogen haben. Darunter waren Ghana, Südafrika, Finnland und Deutschland. Neun der 35 VNR-Länder (26%) haben lokale und regionale Akteure nur in geringem Maße einbezogen, und in zehn Ländern (28%) gab es praktisch keine Beteiligung der subnationalen Ebene.

Das UN-Sekretariat hat die Hauptbotschaften der Berichte in einem knappen **Synthesebericht** („*Compilation of main messages for the 2025 voluntary national reviews*“) zusammengefasst.

Die VNRs sind in erster Linie Selbstdarstellungen der Regierungen. Selbstkritik und das Eingeständnis von Schwächen und Handlungsdefiziten findet man in ihnen kaum. Manche Präsentationen während des HLPF hatten eher den Charakter von Werbefilmen der heimischen Tourismusbüros, so etwa der Beitrag von **Belarus**. Aber immerhin ist es in

begrenztem Maße möglich, dass zivilgesellschaftliche Vertreter*innen auf die Präsentationen reagieren können. So erklärte eine Vertreterin des ECE Regional CSO Engagement Mechanism in einem **mutigen Statement** (ab Min. 38), dass der VNR von Belarus nicht die Wirklichkeit widerspiegeln, die von massiven Menschenrechtsverletzungen und der Verfolgung von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Gruppen geprägt sei.

Ähnliche Kritik erfuhr auch **Israel**, dessen VNR von einem Vertreter des Umweltministeriums präsentiert wurde und sich u.a. mit Themen wie digitalisierter Gesundheitsversorgung, Wasserentsalzung, grünem Bauen und dem Schutz mariner Ökosysteme befasste. Ein Vertreter der NGO Major Group kritisierte in seinem **Statement** (ab 02:02:40), dass Israels VNR zentrale Themen wie den Ökozid im Gazastreifen und den Einsatz von Hunger als Waffe verschweige. Auch der Vertreter Palästinas stellte fest, dass der VNR Israels die Auswirkungen des Krieges in Gaza beschönige und dass es keinen Fortschritt bei den SDGs und keine Zukunft unter israelischer Besatzung geben könne.

Eine Reihe von Regierungen unterstrich die Bedeutung, die sie der Umsetzung der Agenda 2030 in ihren Ländern beimessen, durch eine hochrangige Beteiligung an der VNR-Präsentation. So wurde beispielsweise der VNR Finnlands von seinem Ministerpräsidenten Petteri Orpo in New York präsentiert. Bei der Präsentation des VNRs Tschechiens wurde eine Videobotschaft des Staatspräsidenten Petr Pavel gezeigt. Beobachter äußerten sich verwundert, dass dies bei der Vorstellung des deutschen VNRs nicht der Fall war.

„Participation Works“ – der dritte freiwillige Staatenbericht Deutschlands

Die Bundesregierung hat 2025 den dritten VNR Deutschlands nach 2016 und 2021 vorgelegt. Er zeigt nach den Worten der Bundesregierung beispielhaft Maßnahmen und Herausforderungen für die SDG-Umsetzung im Berichtszeitraum 2021 bis 2025 auf – und damit für die Amtszeit der Vorgängerregierung. Der Report steht unter dem Motto „Participation Works“. Er wurde in einem partizipativen Prozess erstellt, bei dem sich Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Ländern und Kommunen sowie junge Menschen aktiv eingebracht haben. Insgesamt haben sich 51 nichtstaatliche Institutionen, Verbände und Netzwerke beteiligt, darunter das Forum Umwelt und Entwicklung, VENRO, der DGB und der Rat für

Nachhaltige Entwicklung. Der VNR bekräftigt, dass sich die Bundesregierung auf nationaler und internationaler Ebene für die beschleunigte Verwirklichung, ihre integrierte Betrachtung und die Stärkung der Grundprinzipien der Agenda 2030 einsetzt. Dazu gehört auch, dass Deutschland seine Verantwortung innerhalb der Vereinten Nationen wahrnimmt. Dabei setze Deutschland sich „gerade auch als Antwort auf die aktuellen Herausforderungen“ entschlossen für einen starken Multilateralismus ein.

Der deutsche VNR ist hybrid: Er besteht aus einer **Textpublikation** und einer **Webseite**. Auf ihr finden sich neben dem 68-seitigen Report auch die Beiträge aller Stakeholder.

In New York wurde der VNR von den Parlamentarischen Staatssekretärinnen im Entwicklungsministerium (BMZ), Dr. Bärbel Kofler, und im Bundesumweltministerium (BMUKN), Rita Schwarzelühr-Sutter, **präsentiert** (s. dazu die **gemeinsame Pressemitteilung von BMZ und BMUKN**). Zusätzlich erhielt Marie-Luise Abschagen vom Forum Umwelt und Entwicklung die Gelegenheit, stellvertretend für die nichtstaatlichen Mitglieder in der deutschen Delegation ein Statement abzugeben. Sie betonte die Notwendigkeit, die SDGs vollständig in die deutsche Politik zu integrieren und appellierte an die Bundesregierung, die negativen Spillover-Effekte der deutschen Wirtschaft und Politik zu reduzieren. Sie verwies darauf, dass Deutschland im **Spillover-Ranking** des Sustainable Development Solutions Network (SDSN) mit Rang 146 nur einen der hintersten Plätze belege.

Neben der Präsentation des VNR im offiziellen Programm des HLPF war Deutschland an zwei Veranstaltungen am Rande des Forums beteiligt, bei denen es um den wechselseitigen Erfahrungsaustausch ging. Ein Side Event unter dem Titel **Voluntary National Reviews (VNRs) 10 Years on – Our Common Journey** wurde von der VNR Peer Learning Group veranstaltet, in der Deutschland mit Finnland, Guatemala, Indonesien, Nigeria, Thailand und Südafrika zusammenarbeiten.

Eine zweite Veranstaltung fand als eines von 13 **VNR Labs** unter dem Titel „Participation Works! Strengthening the Role of Stakeholders in the Implementation and Reporting of the 2030 Agenda“ statt und wurde vom **Rat für Nachhaltige Entwicklung** organisiert.

Aktive Präsenz von Städten und Regionen beim HLPF

Neben der Umsetzung auf der nationalen Ebene sind auch Städte und Regionen für die Verwirklichung der Agenda 2030 und ihrer Ziele von erheblicher Bedeutung. Ihre Rolle ist auch auf UN-Ebene in den letzten zehn Jahren stetig gewachsen. Dies spiegelte sich beim HLPF in einer erhöhten Präsenz ihrer Vertreter*innen und einer Reihe von Side Events und Sonderveranstaltungen wider. Ihre globalen Dachverbände und kommunalen Bündnissen arbeiten im SDG-Kontext in der [Global Taskforce of Local and Regional Governments](#) zusammen. Sie veranstaltete im Rahmen des HLPF bereits zum achten Mal ein [Local and Regional Governments Forum](#). Ziel war es, dort wirkungsvolle Lokalisierungsmaßnahmen und Koalitionen unter der Leitung lokaler und regionaler Gebietskörperschaften zu präsentieren. Daneben gab es eine Reihe weiterer Side Events und Sonderveranstaltungen, die sich mit der „Lokalisierung“ der SDGs befassten.

Immer mehr Städte und Regionen informieren über ihre Bemühungen bei der Umsetzung der Agenda 2030 im Rahmen von **Voluntary Local Reviews (VLRs) bzw. Voluntary Subnational Reviews (VSRs)**.² Die Global Taskforce berichtet in ihrem [Report zum HLPF 2025](#) (S. 35), dass inzwischen weltweit 363 VLRs von 283 Städten und Gemeinden angefertigt wurden. Zusätzlich haben 45 Regionen, in denen 1,8 Milliarden Menschen leben, VSRs produziert.

Auch einige deutsche Städte und Landkreise haben inzwischen VLRs angefertigt, zum Teil mit Unterstützung der [Servicestelle Kommunen in der Einen Welt \(SKEW\)](#) von Engagement Global. Dazu gehören die Städte Bonn, Stuttgart und Mannheim, die beim HLPF vor Ort waren und dort über ihre Erfahrungen berichteten. Die Landeshauptstadt Stuttgart hat bereits ihren vierten VLR unter dem Titel [„lebenswertes Stuttgart“](#) erstellt.

Im Zusammenhang mit dem deutschen VNR haben die Städte Bonn, Hamburg, Mannheim und Stuttgart die Erstellung eines [Voluntary Local Government Review \(VLGR\)](#) initiiert. Ziel dieses Berichts war es, das vielfältige Spektrum der Nachhaltigkeitsaktivitäten in deutschen Kommunen darzustellen und gleichzeitig die Grundlage für einen Beitrag zum deutschen VNR zu liefern. Der VLGR wurde vom Deutschen Institut für

Urbanistik (Difu) in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet. Herzstück des Berichts sind die Beiträge von 15 deutschen Kommunen und Landkreisen, die bereits eigene VLRs veröffentlicht haben. Dabei handelt es sich um Bad Köstritz, Bonn, Düsseldorf, Enzkreis, Freiburg im Breisgau, Geestland, Hamburg, Hannover, Kiel, Köln, Mannheim, Münster, Landkreis Oldenburg, Regensburg und Stuttgart.

Brüchiger Kompromiss über Ministererklärung

Offizielles Ergebnis des HLPF ist eine 21-seitige [Ministererklärung](#), die bereits im Vorfeld ausgehandelt worden war. Obwohl sie sich weitestgehend darauf beschränkt, bereits Beschlossenes zu wiederholen und zu bekräftigen, konnte über den Text im Vorfeld kein Konsens erzielt werden. Aus diesem Grund stellte der Präsident des ECOSOC am letzten Tag des HLPF zunächst einzelne Punkte und dann die Erklärung als Ganze zur Abstimmung.

Kontrovers waren bis zuletzt vor allem drei Themen:

- » Israel forderte, wie schon in den Vorjahren, einen Paragraphen zum Thema „Frieden und Sicherheit“ aus der Erklärung zu streichen, der wortwörtlich bereits in der Agenda 2030 enthalten ist und sich unter anderem dafür ausspricht, die Hindernisse zu beseitigen, die der vollen Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung der unter kolonialer und ausländischer Besatzung lebenden Völker im Wege stehen. Israels Antrag wurde lediglich von den USA unterstützt und mit 116 Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 36 Enthaltungen (darunter Deutschland) abgelehnt.
- » Beim langjährigen Dauerkonflikt über die Themen „sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte“ sowie geschlechtsspezifische Diskriminierung und Gewalt bildete sich einmal mehr eine faktische Allianz aus USA und Vatikan sowie einer Reihe von katholisch oder islamisch geprägten Ländern des Globalen Südens, darunter dem Iran. Mit Ausnahme der USA gaben diese ihre Ablehnung der entsprechenden Punkte aber erst zu Protokoll, nachdem die Ministererklärung insgesamt verabschiedet worden war.

² Eine Auswahl von VLRs findet man hier: <https://www.local2030.org/vlrs> und hier: <https://sdgs.un.org/topics/voluntary-local-reviews>

» Auf Ablehnung stieß bei westlichen Ländern, angeführt von Großbritannien und u. a. unterstützt von der EU und der Schweiz, die Forderung nach “timely, equitable and unhindered access to safe, affordable, effective and quality medicines, vaccines, diagnostics and therapeutics and other health products and technologies” (Pkt. 48). Sie verlangten, das Wort “unhindered” zu streichen, weil sie durch dieses eine Unterminierung des Patentschutzes für ihre Unternehmen befürchteten. Dies wurde von der Mehrheit der Staaten abgelehnt.

In der abschließenden Abstimmung wurde die Ministererklärung ohne Änderungen mit einer überwältigenden Mehrheit von 154 Ja-Stimmen bei nur zwei Gegenstimmen (USA und Israel) und zwei Enthaltungen (Iran und Paraguay) angenommen. Dies kann als Beleg dafür gewertet werden, dass die multilaterale Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen trotz aller politischen Kontroversen nicht völlig gelähmt ist, sondern durchaus zu gemeinsamen Entscheidungen führen kann.

Die Abstimmung zeigte aber auch, dass der Kompromiss brüchig ist, denn zahlreiche Länder haben

sich im Anschluss von einzelnen Punkten der Ministererklärung distanziert, und immerhin 35 Länder haben an der Abstimmung gar nicht erst teilgenommen (darunter Argentinien und Bolivien) (s. Abbildung).

Entscheidend für die verbleibenden fünf Jahre bis 2030 wird sein, ob die breite Mehrheit der Staaten den Appell, den sie in der Ministererklärung an sich selbst gerichtet haben, ernst nehmen, daraus die notwendigen politischen Konsequenzen ziehen und damit den Widersachern globaler Nachhaltigkeitspolitik Paroli bieten:

„We recommit to accelerate implementation of the 2030 Agenda for Sustainable Development and its Sustainable Development Goals, emphasizing the urgency to take bold, ambitious, accelerated, just and transformative action in the five years remaining. We reaffirm that international cooperation, multilateralism and international solidarity at all levels are the best way to address the global challenges that we are facing.“ (Pkt. 11)

Jens Martens ist Senior Policy Advisor des Global Policy Forums Europe

Ergebnis der Abstimmung über die Ministererklärung des HLPF 2025



Quelle: UN WebTV

Weitere Informationen

United Nations (2025): The Sustainable Development Goals Report 2025. New York.
<https://unstats.un.org/sdgs/report/2025/>

United Nations Secretary-General (2025): Progress towards the Sustainable Development Goals. Report of the Secretary-General. New York (UN Dok. A/80/81 – E/2025/62).

<https://unstats.un.org/sdgs/files/report/2025/secretary-general-sdg-report-2025--EN.pdf>

Statistical Annex:

https://unstats.un.org/sdgs/files/report/2025/E_2025_62_Statistical_Annex_I_and_II.pdf

Peters, O./Liedloff, V. (2025): Voluntary Local Government Review 2025 (Difu Sonderveröffentlichung 1/2025). Deutsches Institut für Urbanistik (Difu).

<https://backend.repository.difu.de/server/api/core/bitstreams/e488b1f5-ade1-451f-b0b7-6b53c57e7f1f/content>

Webseiten

High-Level Political Forum

<https://hlpf.un.org/>

High-Level Political Forum 2025

<https://hlpf.un.org/2025>

Reporting Services des International Institute for Sustainable Development (IISD) zum HLPF

<https://enb.iisd.org/high-level-political-forum-hlpf-2025>

Webseite der Bundesregierung zum 3. Freiwilligen Staatenbericht Deutschlands zum HLPF 2025 (VNR)

<https://www.vnr-germany.de/>

Informationsportal des Global Policy Forum Europe zur Agenda 2030

<https://www.2030agenda.de>

Impressum

Aufbäumen gegen die Krise globaler Nachhaltigkeitspolitik

Das Hochrangige Politische Forum der Vereinten Nationen (HLPF) 2025

Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V.

Königstraße 37a, 53115 Bonn

Tel. 0228 96 50 510

europa@globalpolicy.org

www.globalpolicy.org

Kontakt: Bodo Ellmers

Autor: Jens Martens

Redaktion: Julia Hanne

Gestaltung: www.kalinski.media

Bonn, Juli 2025

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „Die Agenda 2030 in der zweiten Halbzeit“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global mit Mitteln des BMZ.



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.